

## Inhaltsübersicht

Vorwort .....	VII
Inhaltsverzeichnis .....	XI
Abkürzungsverzeichnis .....	XXI
Einleitung .....	1
<i>Erster Teil: Grundlagen des Verhältnisses zwischen deutschem Verfassungsrecht und dem Recht der Europäischen Union .....</i>	9
A. <i>Grundgesetzliche Ermächtigungen für die Teilnahme am europäischen Einigungsprozess .....</i>	9
B. <i>Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zum Anwendungsvorrang .....</i>	18
C. <i>Zusammenfassung .....</i>	26
<i>Zweiter Teil: Der Vorbehalt der ultra-vires-Kontrolle .....</i>	29
A. <i>Hinführung .....</i>	29
B. <i>Entwicklungslinien in der bundesverfassungsgerichtlichen Rechtsprechung .....</i>	34
C. <i>Generelle Befugnis des Bundesverfassungsgerichts zur ultra-vires-Kontrolle .....</i>	89
D. <i>Kriterien der ultra-vires-Residualkompetenz auf dem Prüfstand .....</i>	112
E. <i>Die ultra-vires-Kontrolle in der Rechtsprechung anderer nationaler Verfassungs- und Höchstgerichte .....</i>	159
F. <i>Zusammenfassung .....</i>	183
<i>Dritter Teil: Der Grundrechtsvorbehalt nach „Solange II“ .....</i>	185
A. <i>Entwicklungslinien in der bundesverfassungsgerichtlichen Rechtsprechung .....</i>	186

B.	<i>Kritische Würdigung</i> .....	211
C.	<i>Zusammenfassung</i> .....	222
 <b>Vierter Teil: Der Verfassungsidentitätsvorbehalt</b> .....		225
A.	<i>Hinführung und Begriffsklärung</i> .....	226
B.	<i>Entwicklungslinien in der bundesverfassungsgerichtlichen Rechtsprechung</i> .....	227
C.	<i>Befugnis des Bundesverfassungsgerichts zur Prüfung einer Verfassungsidentitätsverletzung</i> .....	246
D.	<i>Die geschützten identitätsrelevanten Bereiche im Einzelnen</i> .....	258
E.	<i>Verhältnis des Verfassungsidentitätsvorbehalts zu den anderen Residualkompetenzen</i> .....	271
F.	<i>Verfassungsidentitätsvorbehalte in anderen Mitgliedstaaten</i> .....	280
G.	<i>Die Bedeutung der Achtung der „nationalen Identität“ in Art. 4 Abs. 2 Satz 1 EUV</i> .....	291
H.	<i>Zusammenfassung</i> .....	314
 <b>Fünfter Teil: Verfassungsprozessuale Fragestellungen</b> .....		317
A.	<i>Verfassungsbeschwerde</i> .....	318
B.	<i>Organstreitverfahren</i> .....	367
C.	<i>Normenkontrollverfahren</i> .....	370
D.	<i>Entscheidungsausspruch und Rechtsfolgen einer festgestellten Strukturverletzung</i> .....	377
E.	<i>Zusammenfassung</i> .....	383
 <b>Zusammenfassende Thesen</b> .....		385
 <b>Literaturverzeichnis</b> .....		393
<b>Rechtsprechungsverzeichnis</b> .....		421
<b>Sachregister</b> .....		423

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	VII
Inhaltsübersicht .....	IX
Abkürzungsverzeichnis .....	XXI
Einleitung .....	1
<i>Erster Teil: Grundlagen des Verhältnisses zwischen deutschem Verfassungsrecht und dem Recht der Europäischen Union .....</i>	9
<i>A. Grundgesetzliche Ermächtigungen für die Teilnahme am europäischen Einigungsprozess .....</i>	9
I. Präambel .....	9
II. Art. 24 Abs. 1 GG .....	11
III. Art. 23 GG .....	12
1. Zur Entstehungsgeschichte der Norm .....	12
2. Die inhaltlichen Vorgaben des Art. 23 Abs. 1 GG .....	13
3. Bedeutung der in Bezug genommenen „Ewigkeitsklausel“ des Art. 79 Abs. 3 GG .....	15
4. Die verfahrensrechtlichen Regelungen des Art. 23 Abs. 1a bis 7 GG ..	17
IV. Fazit .....	18
<i>B. Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zum Anwendungsvorrang .....</i>	18
I. Rechtssache van Gend & Loos .....	19
II. Rechtssache Costa / E. N. E. L. .....	20
III. Rechtssache Walt Wilhelm .....	22
IV. Rechtssache Internationale Handelsgesellschaft .....	23
V. Rechtssache Tanja Kreil .....	24
VI. Fazit .....	24
<i>C. Zusammenfassung .....</i>	26

<b>Zweiter Teil: Der Vorbehalt der ultra-vires-Kontrolle . . . . .</b>	<b>29</b>
<b>A. Hinführung . . . . .</b>	<b>29</b>
I. Begriffsherkunft und Verbreitung jenseits des Öffentlichen Rechts . . . . .	29
II. Verbreitung im Öffentlichen Recht und Begriffsabgrenzung . . . . .	30
<b>B. Entwicklungslinien in der bundesverfassungsgerichtlichen Rechtsprechung . . . . .</b>	<b>34</b>
I. Die Milchpulver-Entscheidung als Ausgangspunkt . . . . .	34
II. Die Position des Bundesverfassungsgerichts im Vielleicht-Beschluss . . . . .	35
III. Erste Andeutungen in der Kloppenburg-Entscheidung . . . . .	36
1. Sachverhalt: Aufstand des Bundesfinanzhofs . . . . .	37
2. Die Kompetenz des Europäischen Gerichtshofs im Vorabentscheidungsverfahren . . . . .	38
IV. Entwicklung des umfassenden allgemeinen Prüfvorbehalts im Maastricht-Urteil . . . . .	39
V. Kurzorische Subsumtion in der Alcan-Folgeentscheidung . . . . .	41
VI. Weitere Ausdifferenzierung im Lissabon-Urteil . . . . .	42
1. Grundlegende Ausführungen und Begriffsumbenennung . . . . .	42
2. Monopolisierung des Vorbehalts beim Bundesverfassungsgericht . . . . .	44
3. Eingeschränkte Zurücknahme des umfassenden Prüfvorbehalts? . . . . .	45
VII. Die Entwicklung der heutigen strengen Kriterien in der Honeywell-Entscheidung . . . . .	47
1. Sachverhalt . . . . .	47
2. Grundlegende Ausführungen zum Verhältnis des Unionsrechts zu nationalem Recht und Auseinandersetzung mit Einwänden gegen die ultra-vires-Kontrolle . . . . .	49
3. Unionsrechtsfreundliche Ausübung des ultra-vires-Vorbehalts . . . . .	51
a) Zwingende Vorabbefassung des Europäischen Gerichtshofs . . . . .	51
b) Präzisierung der Kriterien für die ultra-vires-Kontrolle . . . . .	52
c) Verhältnis zum Europäischen Gerichtshof . . . . .	53
4. Anwendung auf den Honeywell-Sachverhalt . . . . .	54
5. Zwischenfazit . . . . .	55
VIII. Anwendung und Präzisierung im OMT-Vorlagebeschluss und im OMT-Urteil . . . . .	56
1. Der Vorlagebeschluss . . . . .	56
a) Sachbericht und Vorlagefragen . . . . .	57
b) Beschwerdegegenstand und Verpflichtungen deutscher Staatsorgane	58
c) Anwendung der Honeywell-Kriterien und Interpretation des Unionsrechts . . . . .	59
d) Zwischenfazit . . . . .	61
2. Die Vorabentscheidung des Europäischen Gerichtshofs . . . . .	63
a) Zur Zulässigkeit des Vorabentscheidungsverfahrens . . . . .	63
b) Entscheidungsgründe . . . . .	64

3. Die Reaktion des Bundesverfassungsgerichts im OMT-Urteil .....	65
a) Zur Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerden und des Organstreitverfahrens .....	66
b) Bestätigung der ultra-vires-Rechtsprechung und verfassungstextliche Abstützung .....	67
c) Handlungsanweisungen an Bundesregierung und Bundestag .....	69
d) Auseinandersetzung mit der Rechtsauffassung des Europäischen Gerichtshofs .....	70
4. Zwischenfazit .....	71
IX. Europäische Bankenunion .....	72
1. Bestätigung der Anforderungen an einen ultra-vires-Akt .....	72
2. Verfassungsmäßigkeit der SSM-Verordnung .....	73
3. Verfassungsmäßigkeit der SRM-Verordnung .....	74
X. Annahme eines ultra-vires-Aktes im PSPP-Verfahren .....	75
1. Der Vorlagebeschluss .....	75
2. Die Vorabentscheidung des Europäischen Gerichtshofs .....	77
3. Die Annahme eines ultra-vires-Aktes im PSPP-Urteil .....	79
a) Offensichtlicher und strukturell bedeutsamer Verstoß gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz .....	80
b) Kein offensichtlicher Verstoß gegen das Verbot monetärer Staatsfinanzierung aus Art. 123 Abs. 1 AEUV .....	82
c) Verhaltensverpflichtungen der Verfassungsorgane und der Bundesbank .....	83
4. Zwischenfazit .....	85
XI. Anhängige Verfahren .....	85
1. Die Eilentscheidungen im CETA-Verfahren .....	85
2. Egenberger .....	86
3. Corona-Wiederaufbaufonds und „PEPP-Verfahren“ .....	87
XII. Fazit .....	88
C. Generelle Befugnis des Bundesverfassungsgerichts zur ultra-vires-Kontrolle .....	89
I. Problemaufriss .....	90
II. Standpunkt des Bundesverfassungsgerichts .....	91
III. Position des Europäischen Gerichtshofs .....	93
1. Urteile Costa / E. N. E. L. und Internationale Handelsgesellschaft .....	93
2. Entscheidung Foto Frost .....	94
3. Zwischenfazit .....	95
IV. Argumente der Befürworter .....	96
V. Argumente der Gegner .....	98
VI. Stellungnahme .....	102
D. Kriterien der ultra-vires-Residualkompetenz auf dem Prüfstand .....	112
I. Kriterien aus der Honeywell-Entscheidung und dem OMT-Urteil .....	113

II.	Das dem Bundesverfassungsgericht zustimmende Schrifttum . . . . .	115
III.	Die Position aus dem Sondervotum des Richters <i>Landau</i> . . . . .	115
IV.	Die Ansicht <i>Simons</i> . . . . .	117
V.	Der Vorschlag <i>Murswieks</i> . . . . .	119
VI.	Die Auffassung <i>Schneiders</i> . . . . .	121
VII.	Stellungnahme . . . . .	123
1.	Zum Kriterium der „strukturellen Relevanz“ des Kompetenzverstoßes	124
2.	Zum Kriterium der „Offensichtlichkeit“ des Kompetenzverstoßes . . .	126
3.	Zentrale Bedeutung des Vorabentscheidungsverfahrens gemäß Art. 267 AEUV . . . . .	129
4.	Einzelfallprüfung oder Suspendierung des Prüfanspruchs? . . . . .	138
5.	Ergebnis . . . . .	140
VIII.	Praktikabilität anhand ausgewählter Urteile des Europäischen Gerichtshofs . . . . .	142
1.	Das Mangold-Urteil . . . . .	143
a)	Vorwirkung und unmittelbare Drittewirkung der Richtlinienbestimmung . . . . .	144
b)	Begründung eines allgemeinen Grundsatzes: Verbot der Altersdiskriminierung . . . . .	146
c)	Ergebnis . . . . .	148
2.	Das PSPP-Verfahren . . . . .	149
3.	Rechtssache Egenberger . . . . .	153
4.	Ergebnis . . . . .	158
E.	<i>Die ultra-vires-Kontrolle in der Rechtsprechung anderer nationaler Verfassungs- und Höchstgerichte</i> . . . . .	159
I.	Voraussetzungen für einen gewinnbringenden Rechtsvergleich . . . . .	160
II.	Situation in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union . . . . .	162
1.	Das Højesteret in Dänemark . . . . .	162
2.	Das Trybunał Konstytucyjny in Polen . . . . .	164
3.	Der Ústavní soud in Tschechien . . . . .	166
4.	Der Conseil constitutionnel und der Conseil d’État in Frankreich . .	168
5.	Der Supreme Court im Vereinigten Königreich . . . . .	170
6.	Zwischenfazit . . . . .	172
III.	Annahme eines ultra-vires-Akts in Tschechien und Dänemark . . . .	172
1.	Ústavní soud – Rechtssache Pl. ÚS 5/12 . . . . .	172
a)	Sachlicher Hintergrund des Konflikts . . . . .	173
b)	Die Vorabentscheidung des Europäischen Gerichtshofs . . . . .	174
c)	Die Reaktion des Ústavní soud . . . . .	175
2.	Højesteret – Rechtssache 15/2014 . . . . .	178
IV.	Vorbildfunktion für das Bundesverfassungsgericht? . . . . .	181
F.	<i>Zusammenfassung</i> . . . . .	183

<i>Dritter Teil: Der Grundrechtsvorbehalt nach „Solange II“ .....</i>	185
<i>A. Entwicklungslinien in der bundesverfassungsgerichtlichen Rechtsprechung .....</i>	186
I. Verneinung jeglicher Zuständigkeit im Beschluss zu EWG-Verordnungen	186
II. Zubilligung einer eigenen umfassenden Zuständigkeit – Solange I .....	188
1. Die Mehrheitsauffassung im Zweiten Senat .....	189
2. Die abweichende Meinung der Richter <i>Rupp, Hirsch und Wand</i> .....	191
III. Vorsichtige Abkehr von Solange I im Vielleicht- und Dreierausschussbeschluss .....	193
IV. Ausübungsverzicht auf die grundsätzlich bestehende Kompetenz – Solange II .....	193
1. Sachverhalt .....	194
2. Entscheidungsgründe .....	194
V. Bestätigung von Solange II im Maastricht-Urteil .....	196
VI. Die hohen Anforderungen an die Begründung im Bananenmarkt-Beschluss .....	198
VII. Der andersartige Kontrollzugriff in den „Recht auf Vergessen“-Beschlüssen .....	201
1. Der „Recht auf Vergessen I“-Beschluss .....	202
2. Der „Recht auf Vergessen II“-Beschluss .....	205
VIII. Zusammenfassung .....	211
<i>B. Kritische Würdigung .....</i>	211
I. Praktische Relevanz .....	212
II. Suspendierung des Prüfungsanspruchs .....	214
III. Grundgesetzliches Fundament .....	215
<i>C. Zusammenfassung .....</i>	222
<i>Vierter Teil: Der Verfassungsidentitätsvorbehalt .....</i>	225
<i>A. Hinführung und Begriffsklärung .....</i>	226
<i>B. Entwicklungslinien in der bundesverfassungsgerichtlichen Rechtsprechung .....</i>	227
I. Vorläufer in den Solange-Entscheidungen .....	227
II. Genese im Lissabon-Urteil .....	228
III. Bestätigung in Entscheidungen des Ersten Senats .....	230
IV. Prüfung einer Verfassungsidentitätsverletzung im OMT-Verfahren .....	231
V. Aktivierung in der Entscheidung zum Europäischen Haftbefehl .....	232
1. Sachverhalt .....	233
2. Grundlegende Ausführungen zum Verfassungsidentitätsvorbehalt .....	234
3. Subsumtion auf den Ausgangssachverhalt .....	237

4. Würdigung .....	238
a) Der Ausschluß des Europäischen Gerichtshofs .....	238
b) Notwendigkeit des Rekurses auf die Verfassungsidentität .....	241
VI. Europäische Bankenunion .....	243
VII. Prüfung im PSPP-Verfahren .....	244
VIII. Zusammenfassung .....	245
C. <i>Befugnis des Bundesverfassungsgerichts zur Prüfung einer Verfassungsidentitätsverletzung</i> .....	246
I. Vertragsänderungsgesetzgeber als unmittelbarer Adressat .....	246
II. Erstreckung auf die Kontrolle von Sekundärrecht .....	247
1. Der Begründungsansatz des Bundesverfassungsgerichts .....	247
2. Die Verfassungsidentität als Grenze für das Handeln der Union .....	249
a) Ausdehnung auf das Handeln von Unionsstellen .....	250
b) Lediglich innerstaatliche Unverbindlichkeit .....	250
c) Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts .....	251
d) Stellungnahme .....	252
3. Die konturlose Verfassungsidentität als Grenze des unionalen Vorranganspruchs .....	253
4. Die Vernachlässigung des Art. 23 Abs. 1 Satz 1 GG und des Zustimmungsgesetzes .....	254
D. <i>Die geschützten identitätsrelevanten Bereiche im Einzelnen</i> .....	258
I. Konzeption des Bundesverfassungsgerichts: Art. 23 Abs. 1 Satz 3 in Verbindung mit Art. 79 Abs. 3 GG .....	258
1. Verstoß gegen die Menschenwürde .....	259
2. Verstoß gegen den „Menschenwürdekern“ der anderen Grundrechte und Bedeutung von Art. 1 Abs. 2 und 3 GG .....	261
3. Verstoß gegen die Grundsätze des Art. 20 Abs. 1 bis 3 GG .....	263
a) Insbesondere Demokratieprinzip .....	263
b) Rechtsstaatsprinzip .....	265
c) Souveräne Staatlichkeit .....	267
d) Republik-, Bundesstaats- und Sozialstaatsprinzip .....	268
II. Eigene Konzeption: Art. 23 Abs. 1 Satz 1 GG .....	268
E. <i>Verhältnis des Verfassungsidentitätsvorbehalts zu den anderen Residualkompetenzen</i> .....	271
I. Verhältnis der ultra-vires-Kontrolle zum Verfassungsidentitätsvorbehalt .....	272
1. Stimmen für ein Nebeneinander der beiden Integrationsvorbehalte ...	272
2. ultra-vires-Kontrolle als Unterfall des Verfassungsidentitätsvorbehalts	273
3. Verfassungsidentitätsvorbehalt als Unterfall der ultra-vires-Kontrolle	273
4. Beurteilung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts .....	274
5. Stellungnahme .....	278
II. Verhältnis von Solange II zum Verfassungsidentitätsvorbehalt .....	279

<i>F. Verfassungsidentitätsvorbehalte in anderen Mitgliedstaaten</i> .....	280
I. Vorbemerkung .....	280
II. Der Conseil constitutionnel in Frankreich .....	281
III. Die Cour constitutionnelle in Belgien .....	282
IV. Die Corte Costituzionale in Italien .....	283
V. Der Ústavní soud in Tschechien .....	285
VI. Das Trybunał Konstytucyjny in Polen .....	286
VII. Das Tribunal Constitucional in Spanien .....	287
VIII. Der Alkotmánybíróság in Ungarn .....	289
IX. Fazit .....	291
<i>G. Die Bedeutung der Achtung der „nationalen Identität“ in Art. 4 Abs. 2 Satz 1 EUV</i> .....	291
I. Zur Entstehungsgeschichte der Norm .....	292
II. Zu Funktion und Voraussetzungen des Art. 4 Abs. 2 Satz 1 EUV .....	292
1. Systematische Einbettung und Telos .....	293
2. Nachträgliche und präventive Bedeutung .....	296
3. Fazit .....	299
III. Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs .....	300
1. Rechtsprechung vor dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon .....	301
a) Rechtssache Groener .....	301
b) Rechtssache Kommission / Luxemburg .....	301
c) Rechtssache Omega .....	302
2. Rechtsprechung nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon .....	303
a) Rechtssache Sayn-Wittgenstein .....	303
b) Rechtssachen Runevic-Vardyn und Las .....	304
c) Rechtssache O'Brien .....	304
d) Rechtssache Digibet und Albers .....	305
e) Rechtssache Torresi .....	306
f) Rechtssache Remondis .....	306
g) Rechtssache M. A. S. und M. B. ....	307
h) Rechtssachen Coman und Moreira .....	309
3. Fazit .....	310
IV. Vorschlag einer Prozeduralisierung des Art. 4 Abs. 2 Satz 1 EUV .....	311
<i>H. Zusammenfassung</i> .....	314
<i>Fünfter Teil: Verfassungsprozessuale Fragestellungen</i> .....	317
<i>A. Verfassungsbeschwerde</i> .....	318
I. Beschwerdegegenstand .....	318
1. Mitgliedstaatlich vermitteltes Handeln der Europäischen Union .....	318
2. Unionsunmittelbare Verhaltensweisen .....	320

a) Direkte Angreifbarkeit des unionalen Handelns .....	321
b) Unterlassungen deutscher Verfassungsorgane .....	324
aa) Standpunkt des Bundesverfassungsgerichts .....	324
bb) Einwände der Kritiker .....	327
cc) Stellungnahme .....	329
c) Mitwirkung beim Zustandekommen des streitgegenständlichen unionalen Akts .....	331
d) Zustimmungsgesetz des Bundestages zum Abstimmungsverhalten der Bundesregierung .....	333
3. Zustimmungsgesetz im Sinne des Art. 23 Abs. 1 Satz 2 GG .....	334
4. Veränderung des Beschwerdegegenstands nach Vorabentscheidungsurteil? .....	336
II. Beschwerdebefugnis .....	337
1. Mitgliedstaatlich vermitteltes Handeln der Europäischen Union .....	337
2. Unionsunmittelbare Verhaltensweisen .....	339
a) Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG? .....	339
aa) Auffassung des Bundesverfassungsgerichts .....	340
bb) Einwände der Kritiker im Allgemeinen .....	343
cc) Erweiterung auf die ultra-vires-Kontrolle im Besonderen .....	346
dd) Erweiterung auf die sekundärrechtsrelevante Verfassungsidentitätskontrolle im Besonderen .....	348
ee) Erweiterung auf eine „formelle Übertragungskontrolle“ .....	350
ff) Stellungnahme .....	351
b) Qualifizierte Beschwer .....	358
3. Vorschlag einer eigenen Verfahrensart .....	359
III. Subsidiarität .....	363
1. Vorrang der Inanspruchnahme der Fachgerichtsbarkeit .....	363
2. Unionaler Rechtsschutz .....	364
3. Vorherige Befassung des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung .....	366
B. <i>Organstreitverfahren</i> .....	367
I. Organstreitverfahren zwischen verschiedenen Organen .....	367
II. Organstreitverfahren innerhalb desselben Organs .....	368
C. <i>Normenkontrollverfahren</i> .....	370
I. Kontrolle des Zustimmungsgesetzes zu den europäischen Verträgen .....	370
II. Kontrolle des eine Richtlinie umsetzenden Gesetzes .....	372
III. Unmittelbare Kontrolle unionaler Handlungen? .....	373
IV. Rechtsgedanke des Art. 100 Abs. 1 GG für eine Entscheidungsmonopolisierung .....	375
D. <i>Entscheidungsausspruch und Rechtsfolgen einer festgestellten     Strukturverletzung</i> .....	377

I.	Teilweise Verfassungswidrigkeit des Zustimmungsgesetzes als Ausgangspunkt .....	378
II.	Strukturverletzung bei mitgliedstaatlich vermitteltem Handeln der Union	379
III.	Strukturverletzung ohne mitgliedstaatlich vermitteltes Handeln der Union	381
E.	<i>Zusammenfassung</i> .....	383
	<b>Zusammenfassende Thesen</b> .....	<b>385</b>
	<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>393</b>
	<b>Rechtsprechungsverzeichnis</b> .....	<b>421</b>
	<b>Sachregister</b> .....	<b>423</b>